

### European Energy Colloquium

#### Der Clean Industrial Deal

**Brüssel, 11.12.2024 – Der European Green Deal hat viel Kritik vonseiten der Wirtschaft einstecken müssen: Man würde die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem außereuropäischen Ausland, insbesondere China und die USA, verlieren. Es fehlten Finanzierungsinstrumente. Die Bürokratie würde ganze Abteilungen in Konzernen beschäftigen. Der ideologisch getriebene Fokus auf einzelne Technologien würde viel Geld kosten, aber vergleichsweise wenig CO<sub>2</sub>-Ersparnis bringen. Die angestrebten CO<sub>2</sub>-Minderungsziele seien unerreichbar.**

**Die wiedergewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat nun einen „Plan für Europas nachhaltigen Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit“ angekündigt. Dieser „Clean Industrial Deal“ soll es nun richten und den Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Industrialisierung legen. Im Rahmen des European Energy Colloquium diskutierten Vertreter der verschiedenen Branchen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments darüber, was es braucht, damit der Clean Industrial Deal auch wirklich ein Deal für die Industrie wird.**

Zunächst stellte Dr. Kai Roger Lobo, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) die Studie „Mögliche Auswirkungen eines EU-Klimaziels von - 90% für 2040 auf Deutschland“ vor, die der VKU gemeinsam mit der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) in Auftrag gegeben hatte. Diese komme zu dem Schluss, dass bereits die Zielerreichung von 55 % Emissionsreduktion sehr fraglich sei und auch völlig unklar ist, wie der Weg zwischen 2030 und 2050 aussehen könne. Um bis 2040 eine Emissionsreduktion um 90 % als realistisch einstufen zu können, müsse man viele spezielle Annahmen und zahlreiche Maßnahmen in die Modellierung einbeziehen. Zudem wies Lobo darauf hin, dass gemäß vieler Prognosen bereits das 2030er Ziel von - 55 % verfehlt würde. Der Reduktionspfad bis 2040 wäre dann nochmals deutlich steiler. Abschließend forderte er, das Reduktionsziel von 90 % einem Realitätscheck zu unterziehen. Beispielsweise seien in diesem auch Anrechnungen für Senken einbezogen, die womöglich in Zukunft politisch anders bewertet würden. Daher plädierte er dafür, derzeit kein Ziel für das Jahr 2040 festzulegen und zunächst das „Fit for 55“-Paket wirken zu lassen.

Arno Bux, Chief Commercial Officer beim Gasnetzbetreiber Fluxys, analysierte die Frage, ob der Rechtsrahmen derzeit in der Lage ist, zu dem dringend benötigten Wasserstoffhochlauf beizutragen. Beispielsweise definiere der delegierte Rechtsakt „Festlegung einer Unionsmethode mit detaillierten Vorschriften für die Erzeugung flüssiger oder gasförmiger erneuerbarer Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr“ erneuerbaren Wasserstoff nur als solchen, wenn er aus zeitlich sowie räumlich nah an der Stromerzeugung produziertem zusätzlichen erneuerbarem Strom erzeugt wurde. Dies helfe zwar, Systemprobleme bei massivem Zubau erneuerbarer Energien zu vermeiden, aber es sei kein Instrument, um den Wasserstoffhochlauf einzuleiten. Daher solle man sich gemäß der Revisionsklausel im Jahr 2028 die Frage stellen, was man mit diesem regulatorischen Instrument erreichen wolle. Als zweites Beispiel nannte Bux den delegierten Rechtsakt zu kohlenstoffarmem Wasserstoff. Dieser sei derzeit noch in der

Ausgestaltung, aber auch hier müsse man sich fragen, was am Ende damit erreicht werden solle. Abschließend resümierte Bux, dass diese Rechtsakte das Manifestieren des Green Deals seien. Man habe den Eindruck, dass die Kommission in ihrem Denken gefangen und ein Umdenken hin zu einem echten Industriedeal kaum vorstellbar sei. Die Frage, die man sich stellen müsse sei, ob wir uns diese Vorgehensweise leisten können mit Blick auf den finanziellen Aspekt aber auch in einem Kräfteverhältnis mit anderen Akteuren, denn der in der Welt produzierte Wasserstoff würde nicht nach Europa, sondern nach Asien geliefert werden.

Ulf Gehrckens, Executive Vice President Corporate Energy & Climate Affairs bei Aurubis, wies zunächst darauf hin, dass es ohne Kupfer keine Transformation gäbe. Sowohl in Windrädern als auch Elektrolyseuren und E-Autos sei Kupfer in signifikanten Mengen enthalten. Zudem hätte Kupfer einen festen Weltmarktpreis. Man könne höhere Herstellungskosten für grünen Kupfer nicht an den Käufer weitergeben. Trotz der Tatsache, dass Aurubis durch seine Produkte jährlich vier Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen einspare, entstünden dem Unternehmen aufgrund der Bepreisung von Emissionen dennoch zusätzliche finanzielle Belastungen. Das europäische Emissionshandelssystem müsse erhalten bleiben, bis ein wirksamer Folgemechanismus in Kraft tritt, der nachweislich vor Carbon Leakage schützt. Die Unabhängigkeit bei kritischen Rohstoffen (gemäß Raw Materials Act) von dem Ausland könne nur durch eine starke Grundstoffindustrie in Europa verhindert werden. Zudem führte er aus, dass die Systemkosten von erneuerbaren Energiesystemen die Wettbewerbsfähigkeit bedrohten. Aktuelle Netzentgeltregelungen (bspw. individuelle Netzentgelte in Deutschland) müssen erhalten bleiben und es müssen zusätzliche Anreize für Flexibilität geschaffen werden.

In der sich anschließenden Diskussion diskutierten die Vortragenden sowie Andreas Glück, Mitglied des Europäischen Parlaments, unter der Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien, die zuvor gehörten Eingaben. Glück wies darauf hin, dass der Begriff „Industrial Clean Deal“ derzeit nur eine leere Worthülse sei und die Parlamentarier bisher keine Hinweise darauf hätten, was sich dahinter verbergen könne. Auf die Frage, ob man das Reduktionsziel in Frage stellen solle, verwies er darauf, dass man sich eher die Frage stellen müsse, wie man es anpacke. Er sei zutiefst enttäuscht darüber, wie man die Probleme in den letzten 5 Jahren angegangen sei. Der Fokus müsse auf der Vermeidung von CO<sub>2</sub> liegen und nicht auf teuren Technologien, die sich der Rest der Welt nicht leisten könne. Man müsse hier die Kosten im Blick haben, ansonsten zögen energieintensive Industrien aus Europa ab. Zudem appellierte er an die Industrie, auf die Kommission einzuwirken. Als Parlamentarier könne er nur begrenzt auf die Pläne der Kommission einwirken und höchstens Schadenminderung betreiben.

Wir danken Fluxys für die Unterstützung sowie der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel für die Gastfreundschaft.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der [Website](#) (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9

10117 Berlin

[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)

X (Twitter) [@FfZeV](https://twitter.com/FfZeV)

LinkedIn [@FfZeV](https://www.linkedin.com/company/fz-ev)